

# Widerstand im Hambacher Wald und in den Dörfern bei Garzweiler II

Wilfried Drews

## Neue Rodungsarbeiten in den bedrohten Dörfern

Seit Herbst 2020 wird im rheinischen Braunkohlerevier bei Mönchengladbach großflächig gerodet. Im Auftrag der RWE-AG fallen unter Polizeiaufgebot Platanen, Fichten, Walnuss- und andere alte Bäume in den Gärten von Lützerath und an der Landstraße L277 dem Tagebau Garzweiler II zum Opfer. Nach RWE und Landesregierung sollen weitere Orte abgebaggert werden. Die Abholzungen dienen dazu als Vorbereitung. Von ehemals fast 1600 Einwohner\*innen leben immer noch circa 800 Menschen in Lützerath, Keyenberg, Kuckum, Berverath, in Ober- und Unterwestrich. Immerath ist bereits bis auf einen bewohnten Hof abgerissen. Die gesamte Umgebung ist nahezu gerodet. Laut Kohleausstiegsgesetz sollen die Menschen aus den Orten bis 2028 umgesiedelt werden. Wie in den Jahren zuvor um den Hambacher Wald, formiert sich nun auch hier Widerstand. Gemeinsam mit den bedrohten Dörfern an



Kundgebung auf dem Platz des abgerissenen Doms von Immerath (Foto: Wilfried Drews)

anderen Tagebauen haben sich Menschen zur Initiative „Alle Dörfer bleiben“ zusammengeschlossen. Während in der Lausitz Pödelwitz vor der Zerstörung gerettet wurde, kämpfen Menschen im Rheinischen Tagebauegebiet gegen die Unbewohnbarmachung und für den Erhalt ihrer Dörfer. Anwohner\*innen berichten, wie sie von der RWE-AG unter Druck gesetzt und bedrängt werden, die Orte zu verlassen. Sie befürchten, dass es für Umzugsunwillige zu Zwangsenteignungen kommen könnte. Nach eigenen Aussagen erleben sie sich sowohl von der Landesregierung wie von den Kommunen alleingelassen und verraten. „Wo steht die Politik hinter den Betroffenen?“ fragt ein betroffener Anwohner. Unterstützung erhalten die Menschen in den Dörfern mittlerweile durch Aktivist\*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung. In Lützerath haben sie eine Dauermahnwache errichtet und im Keyenberger Wald Baumhäuser. Der Widerstand ist breit aufgestellt und vielfältig. Die Initiativen Alle Dörfer bleiben, Kirche an der Kante, Kirchen im Dorf lassen, Menschenrecht vor Bergrecht, Unser aller Wald und andere rufen zur Unterstützung für die Dörfer und der Umsetzung der Pariser Klimaziele auf. Dorfspaziergänge, Demonstrationen, Prozessionen, Gottesdienste, Besetzungen und anderen Aktionen sollen die Orte lebendig halten, um die Bagger zu stoppen. So wie in Lützerath, wo sich Menschen seit November mit ihren Körpern den Rodungsmaschinen in den Weg stellen, um Widerstand gegen die Zerstörung zu leisten.

## „Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“

titelt der Entwurf für den neuen Leitenscheid der NRW Landesregierung vom 06. Oktober 2020. Darin heißt es, dass die Tagebauführung eine Minimierung der erforderlichen Eingriffe in die Lebensverhältnisse der Betroffenen ermöglichen soll. Die Flächeninanspruchnahme im Tagebauvorfeld sei auf den für die Kohleförderung zwingend notwendigen Umfang zu beschränken und zeitlich vorrangig auf die Inanspruchnahme bereits unbewohnter Ortschaften auszurichten. Ungeachtet, dass in dem, im Leitenscheid als verlassen bezeichneten, Ort Immerath immer noch Menschen wohnen, setzt RWE-AG die Rodungen in Lützerath und an der Landstraße L277 weiträumig fort. Alle Aktivitäten von RWE geschehen ohne Absprache mit den Anwohner\*innen und entgegen eigenen Aussagen, wie die Menschen in den Dörfern betonen. Das Energieunternehmen baut darauf, dass im Leitenscheid die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit des Tagesbaus Garzweiler II festgestellt wird. Tatsächlich gibt es jedoch kein Gutachten, das diese Notwendigkeit

belegt. Diese Einhelligkeit zwischen Energieunternehmen und NRW Landespolitik wird mittlerweile von den Menschen vor Ort als NRWE-Koalition von RWE-AG und NRW Landespolitik gegen die Menschen in den Dörfern und internationale Klimaziele wahrgenommen.

## Menschenrecht vor Bergrecht

Im Rheinischen Braunkohlerevier sollen laut Landesregierung bis 2023 eine Reduktion der Kraftwerksleistung von fast drei Gigawatt Leistung und bis 2030 weitere drei Gigawatt erfolgen. Dörfer für die Rohstoffversorgung der Kraftwerke zu vernichten, widerspricht dem 2019 veröffentlichten Bericht „Ergebnis vom Kohlekompromiss: Der Hambacher Wald und alle Dörfer bleiben“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Das DIW kommt zum Ergebnis, dass die Rohstoffversorgung der Kraftwerke sehr wohl gesichert sei. Auch ohne die Rodung im Hambacher Wald und Zerstörung der Dörfer am Tagebau Garzweiler II stehen Kohlereserven von 815 Millionen Tonnen zur Verfügung. Dies übertrifft die bis 2035 benötigte Menge von 612 Millionen Tonnen und auch den Bedarf von 672 Millionen für einen Betrieb der Kraftwerke bis 2038. Die Initiative Menschenrecht vor Bergrecht fordert daher, das Menschenrecht auf Bleibe, Wohnen und Leben in den Dörfern über das Bergrecht auf Kohleförderung zu setzen. Dafür sind sie auch bereit, juristisch vorzugehen.

## Hambacher Wald gerettet?

Der Hambacher Wald wurde durch den hartnäckigen Einsatz der Klimabewegung von einer Rodung verschont. Gerettet scheint er damit allerdings noch nicht zu sein. Bis auf 50 Meter haben sich die Bagger an den Wald heran gegraben. Heiße Luftströmungen und Grundwasserabsenkung der Grube setzen den Wald unter Stress. Mannheim, am östlichen Waldrand, wurde bereits weitgehend abgerissen. Über 20 Menschen, die dort leben, haben mit RWE bisher noch gar keine Kaufverhandlungen geführt. Nach Vorstellungen des Energieunternehmens sollen dort Boden und Kies genutzt werden, um die ausgekohlte Grube Hambach an anderen Stellen zu verfüllen. Landwirt\*innen kritisieren, dass dabei landwirtschaftlich wertvoller Lössboden zerstört wird. Klimaaktivist\*innen befürchten, dass durch das Abbagern der Wald in eine Insellage gerät, die ihn austrocknen und absterben lassen wird. Sie fordern daher eine Bewässerung des Waldes. In Morschenich, westlich des Waldes gelegen, soll laut Politik ein Modellort für nachhaltige Nutzung entstehen. Leerstehende Häuser werden von RWE zerstört und abgerissen. Menschen, die ihr Haus zurückkaufen wollen, sind bisher erfolglos an RWE-AG herangetreten. Anwohner\*innen kritisieren, dass sie in die Planungen für einen „Ort der Zukunft“ weder vom Bürgermeister noch vom Bergbautreibenden in neue Entwicklungsoptionen einbezogen werden. Das Vorgehen von RWE und Landesregierung als sozialverträgliches Konzept zu verstehen, erleben der Anwohner\*innen als blanken Hohn.

Wie erleben Menschen die Zerstörung ihrer Lebensräume für einen Tagebau, der nicht mehr zur Stromerzeugung gebraucht wird? Wie wollen Politiker\*innen bei der Landtagswahl 2022 wiedergewählt werden, die sich in einer Koalition aus Wirtschaft und Politik sozialen und Klimabewegungen gegenüberstellen? Wenn es gelingt, für den Ausbaustopp von Garzweiler II ebenso viele Menschen zu mobilisieren wie im Hambacher Wald, dann werden die Dörfer eine reelle Überlebenschance haben und die Pariser Klimaziele nicht ganz aus dem Blick geraten.

# Die Haushalte werden kleiner, älter und wahrscheinlich ärmer Faktencheck Baulandbedarf

Susanne Gura

Zu umstrittenen Aspekten in seinem Arbeitsbereich bietet der Verein Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge Faktenchecks an, zum Beispiel über den Bedarf an Bauland in der Region. Quellen finden sich verlinkt unter [www.ennertaufstieg.de/faktencheck/faktencheck-bauland](http://www.ennertaufstieg.de/faktencheck/faktencheck-bauland)

## Selbstnutzer haben Probleme, an bezahlbares Bauland zu kommen.

RICHTIG. Immer mehr Geldanlage drängt in den Immobilienmarkt. Private und institutionelle Investoren suchen Anlagemöglichkeiten, weil die Zinsen niedrig sind.

Schon vor der Pandemie boomte der Immobiliensektor trotz des nachlassenden Wirtschaftswachstums und könnte dies trotz Corona voraussichtlich auch weiterhin, dank der wachsenden „Flucht“ in sichere Geldanlagen. Die Empirica AG klagte schon im Herbst 2019: „Selbstnutzer kommen nicht mehr zum Zuge.“

## Mehr Baulandangebot stoppt den Preisanstieg

FALSCH. Mehr Bauland hat in den letzten Jahren NICHT für einen geringeren Preisanstieg gesorgt. Mit der hohen Nachfrage durch die Geldanlage kann das Angebot auch auf lange Sicht nicht mithalten. Die Preise bleiben weiterhin sehr hoch, prognostizieren Immobilienforschungsinstitute (zum Beispiel DBResearch April 2020) und -Verbände (zum Beispiel ZIA Frühjahrsgutachten 2020) Kommunen, die Bauland ausweisen, können für Selbstnutzer wenig erreichen.

## Es werden zu wenig Baugenehmigungen erteilt

FALSCH. Baugenehmigte Wohngebäude können nicht gebaut werden. In Bonn wurden baugenehmigt aber noch nicht gebaut: circa 1200 Wohngebäude mit insgesamt circa 5500 Wohnungen. (Quelle: Bonner Baustatistik 2019) Bundesweit fehlt es auch nicht an Baugenehmigungen. Laut Statistisches Bundesamt ist die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2019 um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und weiterhin deutlich höher als die Zahl der Baufertigstellungen. Dies führte zu einem Überhang von genehmigten, noch nicht fertiggestellten Wohnungen.

## Es fehlt Kapazität der Bauwirtschaft

RICHTIG. In Bonn fertiggestellt wurden im Jahr 2019 knapp 500 Wohngebäude mit circa 1400 Wohnungen. Bereits baugenehmigt aber nicht gebaut waren weit mehr als das Doppelte: 1200 Wohngebäude mit insgesamt circa 5500 Wohnungen (Bonner Baustatistik 2019). Mangel herrscht also vor allem bei der Bauwirtschaft, nicht so sehr bei Verwaltungen und Bauland, wie immer vorgegaukelt wird. „Die Welt“ schrieb im Dezember 2019 „Deutschland steckt offiziell im Baustau“.

Bundesweit ist die Zahl der neuen Wohnungen 2019 dennoch um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Auch wenn jedes Jahr mehr gebaut wird: Wie überall geht ein Großteil der Belegschaften in Rente und Nachwuchs fehlt. Laut DBResearch verstärkt die Pandemie das Kapazitätsproblem.

Obwohl der Immobilienverband ZIA in seinem Frühjahrsgutachten 2020 erkannt hat, dass begrenzte Baukapazität ein Grundproblem ohne Lösung ist, verlangt er schnellere Baugenehmigungen, Deregulierung und mehr Bauland.

## Die Bevölkerung altert, die Haushalte werden kleiner und ärmer

IT NRW prognostiziert ein Bevölkerungswachstum in Bonn von zwölf Prozent bis 2040, aufgeteilt auf circa drei Prozent Geburtenüberschuss und neun Prozent Zuzug. Ob sich der Zuzug angesichts hoher Wohnungpreise und mehr Home Office so fortsetzt wie bisher, wird von einigen bezweifelt.

Vor allem die Anzahl Senior\*Innen wird erheblich weiter wachsen, soviel ist sicher. Sehr wahrscheinlich sinken die Renten, nicht jeder kann bis 67 arbeiten. Wachsende Rentnerarmut und auch Armut von Kindern meist alleinerziehender Eltern sind bisher zu selten Thema für die Wohnungspolitik, weder in Bonn noch bundesweit. Meist befasst man sich mit jungen Familien, die Häuser bauen wollen und kein Bauland finden. Beispiele dafür gibt es, und auch die haben Probleme. Aber es gibt

## Bevölkerungsentwicklung 2014-2040

(Anzahl Einwohner)

Quelle: IT.NRW

Bonn			
Alter	2014	2040	Zuwachs
0-18	55.700	61.000	5.300
19-65	198.900	204.400	5.500
65+	56.500	83.400	26.900
Summe	311.300	348.900	37.700

  

Rhein-Sieg-Kreis			
Alter	2014	2040	Zuwachs
0-18	110.700	103.200	- 7.500
19-65	353.300	324.600	- 28.700
65+	118.300	187.400	69.100
Summe	582.300	615.400	33.100

Nur eins ist sicher bei den Bevölkerungsprognosen: Der Anteil der Senior\*Innen wird weiter sehr stark ansteigen.

andere Lösungen, wenn sie nicht auf Neubau bestehen. Ein Recht auf Neubau gibt es nun mal nicht, schon gar nicht in einer bestimmten Kommune.

## Generationswechsel steht an

In vielen Siedlungen, die vor Jahrzehnten angelegt wurden, werden die Bewohner\*Innen älter, die Kinder sind längst ausgeflogen. Falls Senior\*Innen sich kleiner setzen möchten, sind die Möglichkeiten sehr gering. Vor Ort gibt es jedenfalls sehr selten kleine Wohnungen. Ob eine Teilung in zwei Haushalte per Umbau möglich ist, dazu gibt es praktisch nirgends Beratung oder Kredite oder gar Förderung.

Die Empirica AG hat für den Rhein-Sieg-Kreis errechnet: Wenn nur zehn Prozent der Senior\*Innen sich kleiner setzen könnten, wären 200 Hektar Bauland gespart.

## Kleine Wohnungen sind am meisten gefragt

Laut Immobilienscout24 hat die bundesweit meistgesuchte Wohnung 66 Quadratmeter. Man würde sicherlich oft gern größer wohnen, aber leisten kann man es sich nicht.

## Es wird weiterhin zu groß gebaut

In Bonn ist die Durchschnittsgröße im Bestand 83 Quadratmeter. 2019 in Bonn fertiggestellte Einfamilienhäuser haben durchschnittlich 160 Quadratmeter. Neue Mehrfamilienhäuser bieten 80 Quadratmeter je Wohnung (Bonner Baustatistik 2019). Viel zu groß, wenn die durchschnittlich nachgefragte Wohnung nur 66 Quadratmeter hat!

Priorität auf kleine Wohnungen - das würde die Bezahlbarkeit verbessern.

## Gibt es keinen Umbau von zu großen Wohnungen?

DOCH! In Bonn gab es 2019 113 neue Wohnungen. Sie sind im Durchschnitt kleiner als der Neubau, nämlich 69 Quadratmeter (Bonner Baustatistik 2019). Teilung vor Neubau, das würde viel Fläche sparen und die Bezahlbarkeit von Wohnungen verbessern. Beratung oder finanzielle Hilfen zur Teilung gibt es praktisch nicht.

## Bedarfsprognosen sind meist zu hoch

Den ungedeckten Bedarf hat die Statistikbehörde IT NRW aufgrund des in der Vergangenheit erzielten Wachstums geschätzt. Es gibt höhere und niedrigere Schätzungen - bisher waren sie fast immer zu hoch.

In Deutschland wächst die Bevölkerung insgesamt seit Jahren kaum noch; es geht um Wanderung aus Gebieten mit schlechter Infrastruktur in die Städte, die aber extrem teuer geworden sind. Wie sich der Zuzug in dieser Situation entwickeln wird, ist mit mehr als den üblichen Unsicherheiten verbunden.

Sicher ist: es wird viel mehr Senior\*Innen geben. Nur wenige brauchen barrierefreie Wohnungen. Mit voraussichtlich geringeren Renten wird ihr Wohnbedarf vor allem klein, preisgünstig, ortsnah sein. Dafür müsste prioritär gesorgt werden. Dann würden bestehende Einfamilienhäuser frei und neu genutzt werden, anstatt Einfamilienhäuser mit viel Ressourcenverbrauch neu zu bauen.